

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Marcel Klinge, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Alexander Müller, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann und der Fraktion der FDP

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 19/7726, 19/8424 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland beteiligt sich aktuell mit einer Obergrenze von 1.300 Soldatinnen und Soldaten am NATO-geführten Einsatz Resolute Support und leistet als Rahmennation im Norden Afghanistans einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung, Beratung und Unterstützung afghanischer Verteidigungs- und Sicherheitskräfte. Das derzeitige Mandat für den Bundeswehreininsatz endet regulär am 31. März 2019 und soll durch eine Zustimmung des Deutschen Bundestages für ein weiteres Jahr verlängert werden.

Die aktuelle Lage in Afghanistan wird von drei Faktoren wesentlich beeinflusst: der Sicherheitslage im Land, der zukünftigen Präsenz der US-Truppen und den Bemühungen um einen Friedensprozess mit den Taliban.

Die Sicherheitslage ist durch eine strategische Pattsituation gekennzeichnet, in der keine der beteiligten Parteien den Konflikt militärisch gewinnen kann. Die afghanischen Sicherheitskräfte verzeichnen Verluste, gleichzeitig üben die Taliban Kontrolle

und Einfluss in knapp der Hälfte des Territoriums sowie über ca. ein Drittel der Bevölkerung aus.

In dieser militärischen Pattsituation können die derzeit laufenden diplomatischen Gespräche zwischen dem US-Sondergesandten Zalmay Khalilzad und Vertretern der Taliban eine Chance für eine politische Lösung des Konflikts eröffnen. Ende Januar 2019 einigten sich Vertreter der USA und der Taliban in Vorgesprächen bereits auf Prinzipien eines Rahmenabkommens. Diese beinhalten die Zusicherung der Taliban, dass Afghanistan kein Rückzugsort mehr für Terroristen sein werde, und die Bereitschaft der USA, ihre Truppen innerhalb von 18 Monaten nach Unterzeichnung eines Friedensabkommens aus Afghanistan abzuziehen.

Die afghanische Regierung ist über diese Gespräche informiert. Die Taliban weigern sich allerdings bisher, direkt mit der afghanischen Regierung zu verhandeln. Der nächste wichtige Schritt ist es, die afghanische Regierung und die Taliban an den Verhandlungstisch zu bringen und einen innerafghanischen Dialog zu beginnen. Ein zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban ausgehandeltes Friedenabkommen würde voraussichtlich eine Regelung zur Beteiligung der Taliban an der Regierung und zum Verbleib internationaler Truppen beinhalten.

Die bislang unspezifische Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, Truppen aus Afghanistan abzuziehen, hat sowohl bei den Partnern der Resolute Support Mission wie auch bei der afghanischen Regierung für Verunsicherung gesorgt. Auch wenn die Bundesregierung mehrfach in Fachausschüssen des Deutschen Bundestages bekräftigt hat, dass außer Medienberichten keine weiteren Informationen vorliegen würden, ist dies ein Faktor, der das zukünftige militärische Engagement Deutschlands entscheidend mitbestimmen kann und der daher im zur Abstimmung vorliegenden Mandat berücksichtigt werden muss. Denn ohne den wesentlichen Beitrag der US-Streitkräfte steht die weitere Durchführung der Resolute Support Mission in Frage. Die USA stellen nicht nur die Hälfte der Soldaten und Soldatinnen (8.475 von 16.229), sondern auch die „Enablers“ – das heißt die Kernfähigkeiten, die die Mission ermöglichen. Dazu zählen u. a. Lufttransport, MedEvac, Aufklärung und Schutz für die Soldaten und Soldatinnen (Force Protection).

Noch bleibt abzuwarten, ob, und wenn ja, welche Fähigkeiten von US-Seite abgezogen werden. Nichtsdestotrotz muss die Bundesregierung zusammen mit den Resolute-Support-Partnern auf die verschiedenen Szenarien im Zusammenhang mit der Entscheidung der USA vorbereitet sein. Zu diesen möglichen Szenarien zählen unter anderem: Fähigkeiten gegebenenfalls zu ersetzen, den eigenen Einsatz zurückzufahren oder die Resolute Support Mission ganz zu beenden.

Die Bundesregierung hat im Vorfeld der Einbringung des Mandatstextes die aktuelle Lage in einem „Input-Papier zur deutschen Unterstützung des Friedensprozesses in Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages“ zusammengefasst und Handlungsszenarien beschrieben (www.auswaertiges-amt.de/blob/2189142/9f7f331-b680d571710a4fb07d0a8afef/190213-inputpapier-breg-an-bt-data.pdf). Diese Szenarien hängen wesentlich von dem Verlauf des politischen Verhandlungsprozesses und dem zukünftigen militärischen Engagement der USA ab:

- Fortsetzen des deutschen Engagements, bis eine politische Lösung gefunden ist;
- Anpassung oder Entscheidung über die Weiterführung des militärischen Engagements Deutschlands und der NATO bei einer US-Truppenreduzierung;
- grundlegende Überprüfung des deutschen Engagements im Fall eines vollständigen Scheiterns der diplomatischen Bemühungen um einen politischen Prozess.

Diese strategischen Überlegungen finden jedoch keinen Niederschlag in der konkreten Mandatsausgestaltung. Im Mandatstext wird nicht auf das Input-Papier verwiesen oder die Notwendigkeit benannt, dass je nach Entwicklung der Lage in Afghanistan das deutsche Engagement – sowohl militärisch als auch zivil – grundsätzlich überprüft

werden muss. Die mangelnde Berücksichtigung der aktuellen und dynamischen Entwicklungen durch die Bundesregierung im Hinblick auf den Afghanistan-Einsatz spiegelt sich ebenfalls darin wider, dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag erneut ein Verlängerungsmandat mit einer Mandatslaufzeit von zwölf Monaten vorgelegt hat. Bei Antragstellung der Bundesregierung für den Einsatz der Bundeswehr bei Counter Daesh/Capacity Building Irak war beispielsweise die Verkürzung des Mandatszeitraumes von den üblichen zwölf Monaten auf sieben Monate mit der perspektivischen Weiterentwicklung des Bedarfs an Unterstützung bei Stabilisierungsmaßnahmen sowie an Fähigkeitsaufbau begründet worden. Eine ähnliche Situation finden wir aktuell in Afghanistan vor. Es wäre deshalb notwendig gewesen, dass die Bundesregierung das Verlängerungsmandat an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst und in seiner zeitlichen Dauer verkürzt hätte. Dies beinhaltet auch die Option einer Abzugsperspektive für den Fall, dass die USA kurz- bis mittelfristig signifikante Fähigkeiten abziehen. Ein einfaches „Weiter so“ wird Deutschlands Verantwortung für die Zukunft Afghanistans, für den Zusammenhalt im Bündnis und für die Sicherheit seiner Soldatinnen und Soldaten nicht gerecht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in enger Abstimmung mit EU- und NATO-Partnern und unter Einbezug der Region einen inklusiven Friedensprozess in Afghanistan zu unterstützen;
2. das strategische Dokument „Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven des deutschen Afghanistan-Engagements“ (www.auswaertiges-amt.de/blob/1787152/c23bcd183458dd556bb159b0c97bce20/180315-perspektivbericht-data.pdf) von Februar 2018 zeitnah einer Überprüfung und Validierung zu unterziehen, gegebenenfalls an neue Rahmenbedingungen anzupassen und weiterführend eine gesamtstaatliche Afghanistan-Strategie zu entwickeln;
3. den Mitteleinsatz und die Wirkung des Bundeswehreinsatzes im Rahmen von Resolute Support seit 2015 einer unabhängigen Evaluation zu unterziehen;
4. die polizeilichen und zivilen Stabilisierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, die mit deutschen Mitteln seit 2015 in Afghanistan durchgeführt werden oder durchgeführt worden sind, ressortübergreifend und unabhängig evaluieren zu lassen und die Ergebnisse in einem Bericht öffentlich zugänglich zu machen;
5. darüber hinaus dem Deutschen Bundestag spätestens bis zum 30. Juni 2019 ein Konzept und einen Zeitplan für eine unabhängige Evaluierung des gesamten deutschen Engagements in Afghanistan seit 2001 vorzulegen;
6. sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass der Resolute-Support-Einsatz umgehend durch das International Board of Auditors for NATO (IBAN) einem internen Audit und somit einer umfassenden Evaluierung unterzogen wird;
7. in Abstimmung mit den RSM-Partnern zeitnah für den Fall einer signifikanten Reduzierung oder eines vollständigen Abzugs der US-Truppen einen Abzugsplan zu entwickeln;
8. in Abstimmung mit den RSM-Partnern eine gemeinsame Strategie für einen Abzug aus Afghanistan zu diskutieren und die hierfür notwendigen Kriterien zu erarbeiten und zu vereinbaren.

Berlin, den 19. März 2019

Christian Lindner und Fraktion

